

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/8

12. Januar 1972

Deutsche Militärhilfe für die Athener Obristen?

Notwendige Feststellungen zum Thema Griechenland

Von Peter Corterier MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des  
Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Das Leistungs-Image der SPD

Herbert Wehners Aktionsappell an seine Partei

Seite 3 / 48 Zeilen

Gefahren veralteter Ausbildung

Dringendes Gebot: Mehr geschulte Helfer für  
Unfallverletzte

Von Dr. Hans Apel MdB  
Vorsitzender des Verkehrsausschusses des  
Deutschen Bundestages

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Gewerkschaftlich organisierte Bundestagsabgeordnete

Seite 6 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Enler  
5300 Bonn 12, Meisenallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 888 846 / 888 847  
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Deutsche Militärhilfe für die Athener Obristen?

Notwendige Feststellungen zum Thema Griechenland

Von Peter Corterier MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die griechische Regierungszeitung "Nea Politia" hat vor kurzem in plumper Verfälschung eines Interviews, das der SPD-Bundestagsabg. Dr. Manfred Geßner der Deutschen Welle gegeben hatte, die Behauptung aufgestellt, daß die Wiederaufnahme der Militärhilfe für Griechenland durch die Bundesrepublik bereits beschlossene Sache sei. An dieser Behauptung ist nur soviel richtig, daß nach einer Erklärung des Auswärtigen Amtes von Ende vergangenen Jahres diese Frage von der Bundesregierung geprüft wird.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich mit diesem Thema bisher nicht befaßt. Sie ist vom letzten Ordentlichen Parteitag der SPD in Saarbrücken im Jahre 1970 aufgefordert worden, sich für die Einstellung jeglicher Militärhilfe an Griechenland einzusetzen. Gibt es zu Beginn des Jahres 1972 irgendwelche Gründe, die die SPD-Bundestagsfraktion veranlassen könnten, ihre bisherige Politik aufzuheben und sich über diese Aufforderung des Saarbrücker Parteitages hinwegzusetzen?

Die immer hemmungsloseren Angriffe der griechischen Regimepresse gegen führende Repräsentanten der Bundesrepublik, vor allem gegen Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann und Bundeskanzler Willy Brandt, hatten gerade in den letzten Wochen des alten Jahres einen neuen Höhepunkt erreicht und damit kaum das geeignete Klima für eine so schwerwiegende Entscheidung wie die über eine Wiederaufnahme der deutschen Militärhilfe für Griechenland geschaffen.

Fast alle von deutscher Seite unternommenen Bemühungen zur Freilassung von politischen Gefangenen in Griechenland sind in letzter Zeit gescheitert. Prominente Gefangene, wie Mangakis, Veryvakis und Filias, für die sich vor allem auch deutsche Sozialdemokraten eingesetzt hatten, sind nicht nur nicht freigelassen worden, sondern vor kurzem sogar aus Gefängnissen mit vergleichsweise erträglichen Bedingungen in Gefängnisse verlegt worden, in

denen menschenunwürdige Zustände herrschen. Alle Versuche der deutschen Gruppe von Amnesty International, das Schicksal des in grausamer Kerkerhaft auf Korfu festgehaltenen Gefangenen Papamargaris wenigstens zu erleichtern, sind erfolglos geblieben. Schon diese wenigen Beispiele, die durch viele weitere ergänzt werden könnten, zeigen, daß die Athener Obristen auch die besten Möglichkeiten, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern, bisher nicht zu nutzen bereit gewesen waren.

Nun wird von den Befürwortern einer Wiederaufnahme der Militärhilfe mit dringenden Sicherheitsbedürfnissen Griechenlands und der NATO argumentiert. Dieses Argument ist nicht sehr überzeugend, wenn man bedenkt, daß im Augenblick lediglich eine Summe von 40 Millionen DM zur Diskussion steht; dafür kann man sich heutzutage nicht mehr viel Sicherheit kaufen. Die Obristen sind daher - dies zeigt auch das taktische Manöver der "Nea Politia" - kaum an diesen 40 Millionen und an den Waffen, die sie sich dafür kaufen könnten, interessiert; ihnen geht es vielmehr um die politische Seite der Angelegenheit. Sie möchten möglichst bald die gleichgeschaltete griechische Presse mit Schlagzeilen verkünden lassen, daß die Bundesregierung Brandt die Militärhilfe wieder aufgenommen und damit ihren Widerstand gegen das Athener Regime aufgegeben habe. Sie wollen auf diese Weise den großen moralischen Kredit, den die Bundesrepublik aufgrund ihrer eindeutigen Haltung gegenüber den Obristen bei der Mehrheit der griechischen Bevölkerung genießt, zerstören und die griechischen Demokraten demoralisieren. Das nach innen schwache Regime möchte sich durch ein solches Manöver den dringend benötigten Rückenwind von außen besorgen.

Unter diesen Umständen besteht meiner Ansicht nach kein Anlaß, die vom Saarbrücker Parteitag und von der SPD-Bundestagsfraktion bisher eingenommene Haltung zu revidieren. Man sollte den Obristen aber sagen, daß sie es durchaus selbst in der Hand haben, diese Lage zu verändern. Eine Aufhebung des Ausnahmezustandes, d.h. der absoluten Willkürherrschaft in ganz Griechenland, und nicht nur in der Provinz, und die Freilassung aller politischen Gefangenen wäre eine - allerdings unverzichtbare - Voraussetzung, von der aus man über manches reden könnte.

(-/ex/12.1.1972/bgy)

### Das Leistungs-Image der SPD

-----

#### Herbert Wehners Aktionsappell an seine Partei

Die besondere Härte und Gereiztheit, mit der die außen- und innenpolitische Auseinandersetzung bereits dieser ersten Januartage geführt worden sind, gibt Anlaß zu der Feststellung, daß die Bundestagswahl im Herbst 1973 stattfindet. Dennoch läßt sich un-  
schwer voraussehen, daß das Gegeneinander, das unseren bundesdeutschen Alltag seit Jahr und Tag kennzeichnet, schon in den nächsten Wochen und Monaten noch deutlicher und krasser werden wird. Der Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit wird Anlaß genug sein, um die Polarisierung der parteipolitischen Potentiale weiter zu intensivieren und damit auch wesentliche Kräfte zu binden.

Diese Feststellung von Tatsachen, an denen man auch mit Beschwörungen nicht mehr vorbeikommen wird, soll zu der wachsenden Erkenntnis beitragen, daß es unumgänglich notwendig ist, mit diesen Kräften hauszuhalten. Der unausweichliche Schlagabtausch mit dem parteipolitischen Gegner darf nicht dazu führen, daß sich Partei und Koalition in agitatorische Sackgassen verrennen.

Gerade zur rechten Zeit hat daher der stellv. SPD-Vorsitzende Herbert Wehner seine Partei im ganzen Bundesgebiet sehr nüchtern darauf hingewiesen, daß die Leistungen der Sozialdemokraten im Jahre 1972 für die Meinungsbildung der Bundesbürger millionenfach wirksamer sind als alles Papier und alle Parolen, die im Bundestagswahlkampf 1973 selbst über die Bevölkerung herabfluten werden. Dieser Appell ruft also alle Sozialdemokraten auf, schon von diesen Januartagen an das ganze Jahr 1972 über Hand anzulegen und unermüdlich zu arbeiten, um das Leistungs- und Erfolgsbild der SPD jedermann in der BRD zur festen Gewissheit werden zu lassen.

Dieses positive SPD-Image einer tüchtigen, progressiven und im Interesse von Volk und Staat erfolgreich wirkenden Reformpartei setzt allerdings nicht nur Arbeit und Leistung voraus, sondern auch den festen und gemeinsamen Willen, das Öffentlichkeitsbild nicht durch überdrehte Gruppenkämpfe innerhalb der Partei selbst zu beeinträchtigen. Herbert Wehner hat in seinem Kooperationsappell zweifellos nicht an eine Nivellierung oder gar an eine Überkleisterung von echten Auffassungsunterschieden gedacht. Sein Hinweis auf das Godesberger Programm als eines heute nach wie vor gültigen konzentrierten und vorwärtsweisenden Aktionsprogramms zeigt aber allen Sozialdemokraten den Weg, den die Partei unter Aufrechterhaltung ihrer Bündnisfähigkeit gerade auch in diesen beiden Jahren 1972 und 1973 zu gehen haben wird, um das Staatsruder in Bonn weiter fest in der Hand zu behalten.

Genau das ist das aktuelle Ziel; nicht aber noch so buntebemalte Horizonte der Jahre 1980 oder 1985. (ea/ee/12.1-1972/bgy)

+ + +

### Gefahren veralteter Ausbildung

Dringendes Gebot: Mehr geschulte Helfer für Unfallverletzte

Von Dr. Hans Apel MdB

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Seit dem 1. Januar dieses Jahres fühle ich, wie es die Vorschrift gebietet, einen Verbandskasten in meinem Auto mit. Seit dem 8. Januar dieses Jahres weiß ich nun auch, was ich mit seinem Inhalt im Ernstfall zu tun habe. Denn ich habe freiwillig an einem Kursus über "Sofortmaßnahmen am Unfallort" teilgenommen. Dieser vierstündige Kursus hat mir entscheidende Informationen über die Behandlung und Betreuung von Verletzten des Straßenverkehrs gegeben.

Seit dem 1. August 1969 besteht für Führerscheinbewerber die Verpflichtung, für die Zulassung zur Fahrprüfung eine Bescheinigung über die Teilnahme an einem solchen Kursus über "Sofortmaßnahmen am Unfallort" oder über einen absolvierten "Erste-Hilfe-Kursus" vorzulegen. Diese Regelung ist gut. In den Händen von Informierten haben auch die seit einigen Tagen mitzuführenden Verbandskästen einen Sinn.

Beih die meisten Autofahrer haben vor dem 1. August 1969 ihre Fahrprüfung abgelegt. So wissen etwa zwei Drittel aller Autofahrer mit ihrem Verbandszeug nichts anzufangen. Mit Sicherheit werden wir sehr bald an einem Unfallort das schaurige Bild erleben, daß hilfsbereite Autofahrer mit ihren Verbandskästen herbeieilen, dann aber verzweifelt vor den Opfern stehen und nicht helfen können.

Selbst diejenigen Autofahrer, die vor 1965 einen "Erste-Hilfe-Kursus" absolviert haben und noch heute ohne weiteres zur Fahrprüfung zugelassen werden, können am Unfallort eher eine Gefahr als eine Hilfe für die Verkehrstopfer sein. Sie wissen aufgrund ihrer veralteten Ausbildung meist nicht, wie eine zweckmäßige Notbeirung schleunigst begonnen werden kann. Sollten sie die alte "Pumpmethode" verwenden, dann kann das den Tod für den Betroffenen bedeuten. Denn die "Mund-zu-Mund-Beirung" ist erst neueren Datums. Nur sie kann dem Bewusstungslosen nach seiner Bergung und einer sofortigen Beirung das Leben retten.

Was ist zu tun? Ideal wäre es, wenn wir nach und nach alle

Autofahrer zu einer Teilnahme an einem Kursus über "Sofortmaßnahmen am Unfallort" bewegen könnten. Zur Pflicht läßt sich das sicherlich nicht machen, da die Kapazität unserer Ausbildungsstätte mit Sicherheit dafür nicht ausreicht. Möglich müßte es allerdings sein, das Ausbildungsprogramm für erfahrene Autofahrer wesentlich zu straffen, um auf eine Kursuszeit von zwei bis drei Stunden, also auf einen Abend, zu kommen. Wenn dann eine kräftige Werbung über die Massenmedien einsetzt und dem Teilnehmer einer Plakette für die Heckscheibe seines Autos gegeben wird, könnten die nicht immer vollbesetzten Kurse der Verbände und Hilfsorganisationen für die erfahrenen Autofahrer viel attraktiver werden.

Wichtig wäre ferner, nur noch "Erste-Hilfe"-Bescheinigungen für die Zulassung zur Fahrprüfung zu akzeptieren, die aus den letzten Jahren sind. Denn eine veraltete Ausbildung ist für alle Verkehrsoffer gefährlich.

Der Bundestag hat sich Ende 1971 einer Empfehlung des Verkehrsausschusses angeschlossen und ein einheitliches und gut ausgebautes Rettungswesen für unser Land gefordert. Selbst wenn die dieser Forderung entgegenstehenden organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten schnell überwunden werden könnten, kommt der schnellen Hilfe der Verkehrsteilnehmer am Unfallort entscheidende Bedeutung zu. Oft geht es um Leben und Tod in wenigen Minuten. Deshalb müssen wir erreichen, daß die Verbandskästen in jedem Falle zum Wohle der Verletzten eingesetzt werden können. Die Zahl der ausgebildeten Helfer muß schnell wachsen und von einer Minderheit zu einer Mehrheit werden.

{-/ex/12.1.1972/bqy}

+ + -

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Gewerkschaftlich organisierte Bundestagsabgeordnete

Gewerkschaftskreise haben soeben eine zahlenmäßige Übersicht über die gewerkschaftliche Organisation von Abgeordneten des VI. Deutschen Bundestages vorgelegt. Von den 496 Abgeordneten und den 22 Berliner MdEs sind zurzeit 218 Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft. Davon gehören 198 zur SPD-Fraktion, 19 zur CDU- und CSU-Fraktion und einer zur FDP-Fraktion. 26 haben im DGB selbst oder in einer DGB-Gewerkschaft hauptamtliche Funktionen oder sind davon vorübergehend beurlaubt.

DGB-Gewerkschaften	SPD	CDU/CSU	FDP	Gesamt
IG Bau, Steine, Erden	6	2	-	8
IG Bergbau und Energie	9	1	1	11
IG Chemie-Papier-Keramik	2	-	-	2
IG Druck und Papier/DSU	13	1	-	14
Gewerkschaft der Eisenbahner	8	1	-	9
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	27	-	-	27
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	3	1	-	4
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen	13	3	-	16
Gewerkschaft Holz und Kunststoff	2	-	-	2
IG Metall	26	5	-	31
Gewerkschaft Nahrung. Genuss- und Gaststätten	2	-	-	2
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	81	5	-	86
Deutsche Postgewerkschaft	2	-	-	2
Rundfunk-Fernseh-Film-Union (Gewerkschaft Kunst)	2	-	-	2
Gewerkschaft Textil-Bekleidung	2	-	-	2
	198	19	1	218

Andere Organisationen:

DAG	3	5	1	9
CGD	-	19	-	19
Deutscher Journalistenverband	11	4	1	16
Gewerkschaft der Polizei	1	-	-	1
Beamtenbund	-	22	1	23
	15	50	3	68